

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementpreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Bejenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen:
Für die dreigespaltene Pettizeile oder deren Raum 30 A.
für Versammlungsanzeigen 10 A pro Zeile.

Der Krieg, seine wirtschaftlichen Wirkungen und Lehren.

Was im Anfange des Krieges von wenigen für möglich gehalten wurde, ist nun Tatsache: Wir stehen im dritten Kriegsjahr. Was in den vergangenen beiden Jahren geschehen ist, gehört der Weltgeschichte an und was in dieser Zeit an Ereignissen, Erlebnissen und seelischen Eindrücken auf uns eingestürzt ist, wird, bei aller Vergesslichkeit, die nun auch einmal ein geistiges Charakteristikum des Menschengeschlechts ist, doch von denen, die diese Zeit mit erlebt, bis an das Ende ihrer Tage unvergessen bleiben. Was in dieser kampfburchwühlten Gegenwart geschieht, ist mehr als ein Krieg im Sinne der Vergangenheit. Die Maßstäbe dieses Kampfes sind über alles Dagewesene hinausgewachsen und das Leben der Völker ist in jeder Beziehung und auf allen Gebieten von Grund auf erschüttert. Noch schwankt die Waage des Völkerschicksals; denn auch jetzt, im Anfang des dritten Kriegsjahres, läßt sich noch immer nicht das Ende dieses schweren Ringens voraussehen. Diese ernste Erkenntnis ist die einzige Gewißheit, die uns die gegenwärtige Stunde gibt, so stark auch unsere Sehnsucht nach dem Frieden und unser Ruhebedürfnis ist. Und noch viel weniger läßt sich jetzt, inmitten des schwersten Kampfes, auch nur mit einiger Wahrscheinlichkeit erkennen, was die Zukunft bringen wird. Alles Zukünftige schwankt noch, um alles Zukünftige wird noch gekämpft, und noch nirgendwo sind die Fundamente gesichert, auf die wir von neuem aufbauen können. Und wir werden nach dem Kriege viel zu tun haben an der Wiederbelebung unserer inneren Entwicklung und an der Aufrichtung unseres Wirtschaftslebens. Dieser Krieg scheint bis an das Ende der Kräfte, bis zum völligen Zusammenbruch des Besiegten gehen zu wollen; aber auch der Sieger wird im wirtschaftlichen und bevölkerungspolitischen Sinne auf Trümmern stehen. Und über Europa wird nach diesem Kriege die Ruhe der Erschöpfung kommen, die den politischen Brandstiftern und Wegelagerern auf längere Zeit hinaus die Möglichkeit zu neuen Unternehmungen nimmt. Die an dem Kampfe beteiligten Völker werden an ihrem inneren Wiederaufbau lange Zeit zu tun haben. Auch wir. Denn die ganze Tragik und Größe dieses Krieges wird sich uns erst später offenbaren, wenn die Spannung des katastrophalen Gegenwartserlebens von uns genommen ist und wir das Geschehene von der Grundlage des Kriegsergebnisses aus und aus der Perspektive der Vergangenheit übersehen können. Und dann werden sich die wirtschaftlichen Folgewirkungen und die finanziellen Konsequenzen des Krieges einstellen. Wie wir diese Nachwirkungen überwinden werden und wie unser wirtschaftliches Verhältnis zu andern Völkern sich gestalten wird, das hängt in der Hauptsache vom Ergebnis des Krieges ab. In gegenwärtiger Stunde läßt sich hierüber nichts voraussehen. Aber wir wissen, daß es unsern Gegnern, vor allem England, dem Bankier der feindlichen Mächte, nicht nur auf unsere militärische Niederwerfung, sondern auch auf unsern wirtschaftlichen Zusammenbruch ankommt. Und England ist reich und zäh und hat viele Helfer in der Welt.

Zumitteln der auf- und abwogenden Kriegsentwicklung müssen wir alle Zukunftsfragen noch auf sich beruhen lassen. Wohl aber können wir aus dem bisher Geschehenen, aus den Einwirkungen des Krieges auf die wirtschaftlichen Verhältnisse so manche Lehren ziehen, die für die Zukunft die Wegweiser für neu einzuschlagende Richtungen sein sollten. Es ist in diesem Kriege manches anders gekommen, als es im Anfang als wahrscheinlich angenommen wurde. Das gilt in erster Linie auf die lange Dauer des Krieges, sodann auf die tief einschneidenden Wirkungen, die der Krieg auf unser wirtschaftliches Leben ausübte. Eine Erkenntnis, deren Tragweite wir mit der Dauer des Krieges immer empfindlicher auf dem allerwichtigsten Gebiet, der Ernährungswirtschaft, zu fühlen bekamen, ist die, daß unsere eigene Landwirtschaft

nicht imstande ist, das deutsche Volk mit der eigenen Produktion ausreichend zu ernähren. Es waren falsche Propheten, die das früher behaupteten. Wir müssen den gegenwärtigen Zustand unter dem Druck der Not ertragen; denn in der jetzigen Lage haben wir auf keine Hilfe von außen her zu rechnen. Welche enormen Zuschüsse an Lebens- und Futtermitteln wir aber früher aus dem Auslande bezogen haben, das lehrt uns die Gegenwart, in der uns diese Zuschüsse fehlen und der Mangel uns zu starker Entbehrung und Einschränkung zwingt. Auf die Dauer wäre ein solcher Zustand nicht zu ertragen, und wenn eine Lehre aus dieser Zeit der Not sich nachwirkend auf die Zukunft erhalten wird, so ist es die, wie sehr wir in unserer Ernährungswirtschaft auf die Einfuhr ausländischer Produkte angewiesen sind. Gewiß liegen in bezug auf die gerechte und gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel arge Mißgriffe, Verschämnisse und fehlerhafte Dispositionen vor, gewiß hat dieser Krieg die schon früher vorhandenen Gegensätze zwischen Stadt und Land infolge der Gestaltung der Ernährungsverhältnisse noch verschärft, aber die Quelle aller Uebel und Störungen und die Ursache der wirtschaftlichen Teuerung ist doch der Mangel an Produkten, der mit der längeren Dauer des Krieges immer empfindlicher in die Erscheinung trat. Während des ersten Kriegsjahres wurden wir uns nicht bewußt, in welchem starkem Grade wir in unserer Ernährung vom Auslande abhängig waren. Der Beginn des Krieges fiel in die Zeit der Ernte, und die Vorräte, die der freie Handel neben andern Waren auch an Nahrungsmitteln aufgestapelt hatte, waren so bedeutend, daß wir auf eine lange Reihe von Monaten hinaus von diesem Zuschuß zehren konnten. Aber mit der längeren Dauer des Krieges erschöpften sich die Vorräte und jetzt, darüber dürfen wir uns nicht täuschen, gehen sie zu Ende. Und damit wird die Ernährungsfrage immer ernster. Wie sehr unsere Landwirtschaft insbesondere in der Viehproduktion versagt, erkennen wir an dem jetzigen Zustande der Fleisch- und Fettknappheit, und der Grund des Übels ist auch hier das Fehlen der ausländischen Futtermittel. Wenn die durch den Krieg, vorwiegend durch Englands Machtmittel uns aufgezwungene Einschränkung auch noch nicht so weit geht, daß sie der beabsichtigten Aushungerung entspricht, so ist der Zustand unserer Ernährungswirtschaft doch ernst genug, um uns erkennen zu lassen, daß wir auf die Dauer mit unserer Eigenwirtschaft nicht auskommen, und daß wir, wie auf vielen andern Gebieten, so hauptsächlich auch in der Ernährung, auf die Zufuhr aus andern Ländern sehr stark angewiesen sind. Und die Erfahrungen, die wir jetzt machen, sind so bitter, daß es undenkbar erscheint, sie könnten nach dem Kriege wieder vergessen werden. Man kann es nicht glauben, daß Deutschland noch einmal einen solchen Krieg zu führen gezwungen sein wird, aber auf alle Fälle wird unsere Ernährungswirtschaft in Zukunft doch auf eine solidere Basis der Selbständigkeit gebracht werden müssen, und auf alle Fälle müssen wir auf die Möglichkeit künftiger Kriege in wirtschaftlicher Beziehung, namentlich aber auf dem Gebiete der Vorratswirtschaft, besser vorbereitet sein, als es bei Ausbruch des jetzigen Krieges der Fall war. Im Krieg und im Frieden muß sich die Regierung in Zukunft in stärkerem Grade als in der Vergangenheit der Verantwortlichkeit für die ausreichende Ernährung des Volkes bewußt werden. Hierzu gehört auch eine Kontrolle der Preisbildung, die das Ueberwiegen der Produzenteninteressen auf dem Wirtschaftsmarkt verhindert. Eindringlicher als je zuvor ist es jetzt in dieser Kriegszeit erwiesen worden, daß die große Masse des Volkes in der Ernährungsökonomie auf Gnade und Ungnade dem nicht genügend kontrollierten Erwerbssinn einer Minderheit von Produzenten und Händlern ausgeliefert ist.

Daß der jetzige Krieg in mancher Beziehung unsere Eigenproduktion zu stärkerer Leistung veranlaßte, und daß er namentlich die städtische Bevölkerung vielfach zur Bearbeitung der Scholle erzog, ist eine der Kriegsercheinungen, von der für die Zukunft manches zu erhoffen ist. Denn auch im engen Verhältnis der Klein- und Lauben-

wirtschaft läßt sich für die Ernährung mancher Zuschuß erzielen. Wir haben in der Vergangenheit, insbesondere aber auch jetzt in der Kriegszeit, gesehen, wie sehr die Produktion dem Konsum in der Interessenvertretung überlegen ist. Die Produktion tritt solidarisch und mit Machtmitteln des Kapitals und der Organisation auf den Wirtschaftsmarkt, der Konsum löst sich in hilflose Einzelkäufer auf, die der Produktion machtlos gegenüberstehen. Auch da, wo der Konsum organisiert ist, wird er machtlos, wenn die Produktion versagt oder wenn sie die Erzeugnisse absichtlich zurückhält. Die Macht hat, wer das Produkt, das Wertobjekt des Handels, in der Hand hat. Die Ernährungsfrage in ihrem Zusammenhange und in ihrer ganzen Tragweite betrachtet, kann es gar keinem Zweifel unterliegen, daß eine der stärksten Möglichkeiten, der Macht der Produktion auf dem Lebensmittelmarkt zu begegnen, darin besteht, den Eigenbedarf bis zur möglichen Höhe durch Eigenproduktion zu decken. Das wirksamste Mittel zur Entlastung des Konsums ist die Beteiligung an der Produktion. Der Konsum muß im kleinen Maßstab zur Eigenwirtschaft, in großen Verhältnissen zur Gemeinwirtschaft übergehen, wenn er sich gegenüber der Preisdiktatur der berufsmäßigen Nahrungsmittelproduktion, deren Direktive auf das Geldverdieney ausgeht, wirksam schütten will. Vielleicht hat dieser Krieg manches zu einer schärferen Erkenntnis dieser Notwendigkeit beigetragen.

E. Sch.

Gewerkschaften und Pariser Beschlüsse.

e. Vor Monatsfrist tagten in Paris die Vertreter der Staaten, mit denen wir Krieg führen und erörterten die wirtschaftlichen Maßnahmen, die sie nach dem Kriege durchführen wollen, um Deutschland möglichst schwer zu schädigen und seinen Ueberseehandel zu unterbinden. Es wurden viele Beschlüsse gefaßt, welche in der Hauptsache folgende Forderungen enthalten:

Bei allen künftigen Handelsverträgen ist Deutschland von der Meistbegünstigung auszuschließen;

die deutschen Waren sind bei ihrer Einfuhr in die Staaten der Verbündeten mit Strafzöllen zu belegen;

die Zufuhr von Rohstoffen, deren Deutschland bedarf, ist nach Möglichkeit fernzubalten;

Deutschland ist vom Patentschutz und Urheberrecht in den verbündeten Staaten auszuschließen.

Jede einzelne dieser vier Bestimmungen ist von außerordentlicher Bedeutung. Die Klausel über die Meistbegünstigung ist nach und nach zu einem selbstverständlichen Teile fast aller Handelsverträge geworden. Sie besagt, daß die Länder, welche den Vertrag abschließen, sich gegenseitig versprechen, im Verkehr untereinander sofort die geringeren Zollsätze oder sonstige Einfuhrerleichterungen eintreten zu lassen, sobald solche einem dritten Staate zuerkannt worden sind. Wird also zwischen Deutschland und Rußland vereinbart, für den Doppelzentner einer bestimmten Ware seien 8 Zoll bei der Einfuhr nach Rußland zu zahlen und Rußland schließt nach Inkrafttreten dieses Vertrages mit irgend einem andern Lande einen Tarif ab, nach welchem für den Doppelzentner gleicher Ware nur 2 Zoll zu erlegen sind, so tritt dieser geringere Zollsatz ohne weiteres auch im Verkehr mit Deutschland in Wirksamkeit. — Hat die Pariser Wirtschaftskonferenz beschlossen, in Zukunft Deutschland von der Meistbegünstigung auszuschließen, so würde die Durchführung dieses Vorhabens natürlich von schwerwiegendem Einfluß auf die deutschen Arbeitsverhältnisse sein; denn 1913, dem letzten Jahre mit normalen Handelsbeziehungen, führte Deutschland nach England für 1450 Millionen Mark Waren aus, nach Frankreich für 800 Millionen, nach Rußland für 900 Millionen, nach Italien für 400 Millionen und nach Portugal für 50 Millionen; ferner nach den Besitzungen unserer Gegner in Afrika für 150 Millionen, in Asien für 300 Millionen, in Amerika für 65 Millionen und in Australien für 90 Millionen. Das sind Ziffern, in denen erhebliche Arbeitsleistungen stecken und deren Weg-

fall die industrielle Produktion Deutschlands empfindlich schädigen würde. Die Drohung, noch über das Versagen der Meistbegünstigung hinaus die deutschen Waren mit Strafzöllen zu belegen, uns die unentbehrlichen Rohstoffe (Baumwolle, Kautschuk usw.) zu entziehen und deutschen Erfindungen den Patentschutz vorzuenthalten, brauchte gar nicht hinzuzukommen. Die Verweigerung der Meistbegünstigung würde schon für sich allein genug Schaden anrichten.

Auch diese Suppe wird jedoch nicht so heiß gegessen werden, wie sie vom Herde kommt. Haben die gegnerischen Länder uns bisher Waren abgekauft, so geschah das nicht aus Freundschaft und liebenswürdiger Gesinnung, sondern weil sie unsere Waren brauchten, wie wir auch ihnen Waren abkauften, weil es unser Vorteil war. Und hat der Krieg auch allen Warenaustausch zertrümmert, so darf doch angenommen werden, daß nach dem Kriege die alten Bedürfnisse sich wieder geltend machen und zur Wiederanknüpfung der früheren Beziehungen führen. Wir brauchen also die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz nicht allzu tragisch zu nehmen. Gleichwohl wäre es kurzichtig, die starke Feindschaft gegen Deutschland, die aus den Maßnahmen spricht, unbeachtet zu lassen. Denn die Teilnehmer an der Konferenz waren nicht zusammengelaufene Privatpersonen, sondern Beauftragte ihrer Regierungen, und am 2. August hat sich im englischen Unterhause der Premierminister Asquith in ganz auffälliger Weise mit den Pariser Beschlüssen einverstanden erklärt. Er meinte, die Beschlüsse seien gegen die deutschen Handelsmethoden notwendig geworden und führte dann weiter aus:

Nach dem Kriege werde Deutschland den Plan der wirtschaftlichen Durchdringung wieder aufnehmen und dabei über sehr beträchtliche Vorteile verfügen. Seine mächtige Handelsflotte liege augenblicklich sicher in den eigenen Häfen oder in denen neutraler Länder. Die Deutschen organisierten schon jetzt den Vorstoß auf die Märkte des Bierverbandes und für eine siegreiche Wettbewerbung in neutralen Ländern. Die verbündeten Mächte hätten sich untereinander verpflichtet, den feindlichen Ländern (also Deutschland und Oesterreich) die Behandlung auf der Grundlage der Meistbegünstigung zu verweigern. Das bedeute, daß für diese Periode ein Entgegenkommen, das die Verbündeten einander erweisen würden, nicht auf Deutschland und Oesterreich-Ungarn ausgedehnt werden sollte. Außerdem würden die Verbündeten in der Zeit der Erholung vom Kriege ihre Hilfsmittel unter Bedingungen austauschen, die die Maßregeln Deutschlands, sich Vorräte und Material aus den neutralen Ländern zu sichern, durchkreuzen würden. Alle deutschen Vorrechte, die vor dem Kriege bestanden, wie beispielsweise das Metallvorrat in Australien, müßten verhindert werden, und das englische Handelsamt sei bereits eifrig an der Arbeit, Pläne zu entwerfen, um uns von der Zufuhr aus Feindesland unabhängig zu machen.

Was Asquith noch über die „Bestrafung“ Deutschlands gesagt hat, kann übergangen werden. Jedenfalls hat er sich nicht nur vollständig einverstanden erklärt mit dem Programm der Pariser Wirtschaftskonferenz, sondern wir haben aus seinem Munde auch erfahren, daß er mit seinen Verbündeten bereits feste Abmachungen in der gedachten Richtung getroffen hat und daß seine Ministerien bereits an der gesetzlichen Formulierung der Aussperrungspolitik arbeiten. Das zwingt uns, die Angelegenheit ernst zu nehmen. Wichtig ist zwar, daß mehrere englische Blätter, die die Auffassungen der englischen Handelswelt vertreten, mit Entschiedenheit gegen den „Krieg nach dem Kriege“ Stellung genommen haben. Ebenso fest steht aber auch, daß die schützöllnerische Strömung in England — die Durchführung der Pariser Programms würde einen völligen Bruch Englands mit seiner bisherigen Freihandelspolitik bedeuten — schon seit beinahe zwei Jahrzehnten angeschwollen ist, seit dem Kriege auf weiteren raschen Zuwachs blicken kann und alles dransetzen wird, die öffentliche Meinung und die Gesetzgebung sich dienstbar zu machen für Anerkennung der Pariser Forderungen, die ganz auf dem Wege ihres wirtschaftlichen Zieles liegen.

Gewiß! Auch der englischen Ziege werden die Hörner nicht bis in die Wolken wachsen. Wir wissen indes, daß England der energischste unter unsern Gegnern ist und daß ihm dank seiner jahrhundertelangen Weltherrschaft wirtschaftliche und politische Machtmittel zur Verfügung stehen, die sehr wohl imstande sind, der deutschen Ausfuhr ernste Schwierigkeiten zu bereiten und schwere Nachteile zuzufügen. Es ist darum angebracht, wenn die deutschen Arbeiter der weiteren Entwicklung unserer wirtschaftlichen Auslandspolitik erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden. Wie die Verhältnisse nun einmal liegen, müßte eine Einschränkung unseres Außenhandels mit Industrieprodukten außerordentlich nachteilig auf unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse und damit auf unser Gewerkschaftsleben einwirken. Hat der deutsche Arbeiter auch keinen Einfluß auf

die Regierungen der feindlichen Staaten, so können wir doch allen Bestrebungen im eigenen Lande entgegenreten, die geeignet sind, die feindliche Stimmung im Auslande gegen uns unnötig zu verschärfen und dadurch die Ausführung der Pariser Abmachungen zu erleichtern.

Verbrauchswirtschaft im Kriege.

Lebenshaltung im Krieg und Frieden. Im „Reichsanzeiger“ vom 16. August finden wir folgende beachtenswerte Darlegungen:

Die Statistische Abteilung des Kriegsauswichses für Konsuminteressen hat im April dieses Jahres eine Erhebung über die Lebenshaltung (Lebensmittelkosten und -verbrauch usw.) unter Beteiligung von 70 Bezirks- und Ortsausschüssen und rund 4000 Haushaltungen aller Bevölkerungskreise veranstaltet und im Juli diese Erhebung wiederholt. Das hierbei gewonnene Material ist mit Unterstützung städtischer Statistischer Ämter gesichtet und das Ergebnis für die einzelnen Städte teilweise schon verwertet worden. Jetzt liegt eine vergleichende vorläufige Veröffentlichung vor, in der die Ergebnisse der Erhebung für zehn deutsche Städte (Berlin, Hamburg, Frankfurt a. M., Hannover, Karlsruhe, Münster i. W., M.-Gladbach, Neuß, Offenbach, Konstanz), denen der Friedensvergleich des Kaiserlichen Statistischen Amtes vom Jahre 1908 gegenübergestellt sind. Aus dieser Veröffentlichung ergibt sich im Durchschnitt für eine vierköpfige Familie die folgende Steigerung der monatlichen Ausgaben für einige wichtige Lebensmittel und Verminderung des monatlichen Verbrauchs dieser Lebensmittel gegen 1908:

Gruppierung der Lebensmittel	Mehr (+) bzw. Minder (-) Ausgaben im Monat		Minder (-) bzw. Mehr (+) Verbrauch im Monat	
	absolut in Mark	in Prozenten	absolut in Gramm	in Prozenten
Brot und Backwaren ...	+ 5,60	+ 46,90	- 19234	- 35,49
Kartoffeln	+ 5,69	+ 236,14	+ 17873	+ 50,02
Butter, Margarine, Fette	+ 6,45	+ 68,39	- 2565	- 46,78
Fleisch, Fleischwaren	+ 5,92	+ 28,79	- 7373	- 56,14
Fische, auch geräucherte ...	+ 5,07	+ 390,00	- 1	-
Eier	+ 6,57	+ 248,86	- 7 Stk.	- 14,00
Milch	+ 2,08	+ 24,64	- 16,2 l	- 29,88
Käse	+ 2,97	+ 226,71	- 2	-
Kaffee und Kaffee-Erfr.	+ 3,76	+ 188,94	- 441 g	- 36,23

¹ Im Frieden nicht ermittelt. ² Nur Bohnentafel.

Im ganzen waren für die genannten Lebensmittel trotz sehr erheblicher Verminderung des Verbrauchs monatlich M 44,11, das sind 73,47 pZt., mehr ausgegeben als im Friedensjahre 1908.

Kartoffelmilch für die nächste Zukunft. Die Reichskartoffelstelle weist in einem Schreiben an den Kriegsauswichs für Konsuminteressen darauf hin, daß die Bedarf-Kommunalverbände es unterlassen hätten, durch Abschluß entsprechender Verträge, wie sie in den Bedingungen der Reichskartoffelstelle vorgesehen sind, den Abwurf und die Anlieferung von Kartoffeln so zu regeln, daß eine Ueberlieferung vermieden wird. — Man sollte diesen Fingerzeig nicht unbeachtet lassen und auf Grund der letzten schlimmen Erfahrungen schleunigst die nötige Fürsorge treffen. Die Uebersehverbände werden sich sicher auch dort gern zu nachträglichen Zugeständnissen bereit erklären, wo die Verträge an sich bereits abgeschlossen sind.

Fortdauernde Bauernverhehung. Von den Verteidigern rücksichtslosesten landwirtschaftlichen Höchstgewinnes wird immer wieder darauf hingewiesen, daß eine vorzeitige Herabsetzung der Frühkartoffelpreise die Landwirte arg schädigen und ihr Vertrauen zu den Regierungsmaßnahmen schmälern müsse. Zur Begründung heißt es dann, es sei am 2. März ein Höchstpreis von M 10 festgesetzt worden — der als Normalpreis gelten sollte. („Deutsche Tageszeitung“ Nr. 402.) Das ist eine grobe Irreführung der Erzeuger wie der Verbraucher, die zu einer Verhehung der Bauern führen muß. Denn in der Bekanntmachung heißt es nämlich: „Die im Abschnitt 1 festgesetzten Höchstpreise gelten nicht für Frühkartoffeln aus der Ernte 1916. Der Preis für den Doppelzentner inländischer Frühkartoffeln darf beim Verkauf durch den Erzeuger M 20 nicht übersteigen. Als Frühkartoffeln gelten Kartoffeln, die vor dem 15. August 1916 geliefert werden. Die Gemeinden sind zur Festsetzung von Kleinhandelshöchstpreisen für Frühkartoffeln berechtigt, aber nicht verpflichtet.“ Ebenso anmaßlich ist es, wenn dasselbe Blatt am 3. August (Nr. 393) davon spricht, daß den Erzeugern nach Zweck und Sinn der Verordnung zweifellos ein Preis von M 10 „zustände“. Aber die Verhehung der Landbevölkerung geht noch weiter: In ihrer Nr. 417 stellt die „Deutsche Tageszeitung“ von neuem die gerade jetzt auch in den Städten, wenn auch in entgegengesetzter Richtung als auf dem Lande, aufreizend wirkende Behauptung auf, daß alle jetzt festgesetzten Höchstpreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse im Grunde genommen eine Unterwertung bedeuten und damit den Landwirt schädigen, weil er bei normaler Preisbildung wesentlich mehr bekommen würde. — Wie lange soll auch diese Piraterie der öffentlichen Meinung noch andauern?

Beachtenswertes für Kriegsteilnehmer und deren Angehörige.

a) Unentgeltliche Krankenscheine für berufstätige Heeresangehörige? Diese Frage hatte für Kriegsteilnehmer und deren Angehörige bereits Unannehmlichkeiten zeitigt, trotzdem schon durch Erlass vom 15. September 1915 die Militärärzte Anweisung hatten, auf Ersuchen von versicherten Kranken Heeresangehörigen die Krankenscheine unentgeltlich auszustellen. Erneut hat nun die Medizinalabteilung des preussischen Kriegsministeriums dem Provinzialverbände der schlesischen Ortskrankenkassen auf Anfrage unter dem 14. Juni 1916 mitgeteilt, daß der obenerwähnte Erlass auch heute und fernerhin zu gelten

hätte. Sollten sich dennoch Militärärzte finden, die entgegengekehrt handelten und für die Ausfüllung der Krankenscheine von den Heeresangehörigen Bezahlung verlangten, so wäre Mitteilung unter Namensnennung des Arztes und Anführung des Truppenteiles an die Medizinalabteilung des Kriegsministeriums erforderlich, wo sofortige Abhilfe angeordnet werden dürfte. — Die Kriegsteilnehmer mögen vorstehendes beachten, damit bei eventueller Erkrankung und Inanspruchnahme der Krankenkassen nicht unnütze Ausgaben für die Ausfüllung der Krankenscheine gemacht werden, die im Familieninteresse besser verwendet werden könnten.

b) Ist bei Fehlgeburt, Frühgeburt und Totgeburt Wochenhilfe zu gewähren?

Trotzdem durch Bescheid des preussischen Ministers des Innern über obige Frage teilweise Klärung erfolgt ist, entstehen häufig dennoch Zweifel bei Antragstellung der Wochenhilfe. Nach der Bekanntmachung vom 23. April 1915 ist zu der Frage, ob bei Tot-, oder Fehlgeburten die Wochenhilfe zu gewähren sei, zu bemerken, daß nicht die Absicht obwaltete, jede Fehlgeburt der Niederkunft gleich zu behandeln. Die Entscheidung darüber, in welchem Grade Früh- und Totgeburten dem regelrechten Geburtsakte gleichzustellen wären, ist deshalb den Spruchinstanzen überlassen worden. Es soll aber bei diesen Entscheidungen davon ausgegangen werden, daß als Entbindung nach der angeführten Bekanntmachung das Gebären eines lebenden Kindes — auch wenn es nicht lebensfähig oder wenn es eine Frühgeburt ist —, sowie das Gebären eines ausgetragenen toten Kindes zu gelten habe. Dagegen soll der Abgang der Frucht vor der vollen Reife nur dann als Entbindung angesehen werden, wenn das Kind erst unmittelbar vor oder während der Entbindung stirbt. Es würde also zum Beispiel eine Niederkunft nicht als Entbindung angesehen werden können, wenn im vierten oder fünften Monat der Schwangerschaft die Frucht abgetrieben, also noch nicht ausgetragen war. Die Wöchnerinnen könnten in solchen Fällen keine Wochenhilfe beanspruchen. Würden diese aber selbst in einer Krankenkasse versichert sein, so wäre natürlich der Anspruch auf Krankenhilfe durch die zuständige Krankenkasse zu gewähren, andernfalls würden diese Wöchnerinnen leer ausgehen müssen. — Durch vorstehende Erklärungen dürfte weitere Klärung bei Beantragung der Wochenhilfe bei Fehl-, Früh- und Totgeburten erfolgt sein, weshalb man diese beachten wolle. R. V.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Erhöhung

der Teuerungszulage am 1. September 1916.

Am 1. September tritt auf Grund der in Berlin am 3. Mai getroffenen Vereinbarung die dritte Rate der Kriegszulage in Kraft. Die Erhöhung des Lohnes beträgt von diesem Tage: in allen Tariforten mit weniger als 5000 Einwohnern 1 %, in allen übrigen Orten 2 % Zulage. Gehören Tariforte mit weniger als 5000 Einwohnern nach dem Tarifvertrage zum Vertragsgebiet eines größeren Ortes oder haben sie nur neunstündige Arbeitszeit, so sind in solchen Orten ebenfalls 2 % Zulage zu zahlen. Die Kontrolle über die Durchführung dieser Vereinbarung erfolgt in der Zeit vom 1. bis 19. September durch besondere Feststellung.

Feststellung der Arbeitszeit und der Stundenlöhne im September 1916.

In der Zeit vom 1. bis 19. September findet im ganzen Verbandsgebiet eine Feststellung über die Löhne und die Arbeitszeit statt. Die Gauleiter stellen den Zahlstellen die Fragebogen zu und diese senden sie nach erfolgter Feststellung wieder an die Gauleiter zurück. Die Gauleiter werden die Zahlstellen über die Art der Feststellung informieren, so daß ein Eingehen auf den Fragebogen sich hier erübrigt. Wir richten aber an alle Zahlstellenvorstände und an alle Verbandskameraden das dringende Ersuchen, bei der Feststellung mit tätig zu sein und dafür zu sorgen, daß ein lückenloses Material geschaffen wird.

Beitragsleistung.

Die Woche vom 27. Aug. bis 2. Sept.	ist die 27. Beitragswoche
" " " 3. Sept. "	" " " 28. "
" " " 10. " "	" " " 29. "
" " " 17. " "	" " " 30. "
" " " 24. " "	" " " 31. "

Der Zentralvorstand.

Bekanntmachungen der Ganvorstände.

Agitationsbericht.

Im Juli und August ist der Agitation erhöhtes Augenmerk geschenkt worden. Vor allem galt es, anregend zu wirken, damit die Zahlstellen die erforderlichen Vorbereitungen in die Wege leiteten. Diese Anregungen erfolgten teils schriftlich, teils mündlich. Die Agitationsarbeiten selbst sind noch nicht allenthalben vollendet, vielfach fehlt es in den Zahlstellen an geeigneten Personen dafür. So sehr bedeutend sind aber auch die noch zu erzielenden Erfolge nicht mehr; in hier in Frage kommenden Orten ist sozusagen alles organisiert, bis auf wenige Ausnahmen, die nur sehr schwer, teils auch gar nicht für die Organisation zu gewinnen sind. Das trifft zum Beispiel für Ahlhorn zu, wo zwei Unorganisierte (frühere Tischlermeister) nicht zu bewegen sind, sich dem Verbande anzuschließen, obwohl sie gern an den Erfolgen des Verbandes teilnehmen. Auch die Zimmerer der Firma Ziegler stehen der Organisation noch fern. In Brake ist zurzeit nur ein organisierter Zimmerer beschäftigt. Es sind nur Süd-

noch Berufsgenossenschafts-, Kranken- und Invalidenversicherungsbeiträge zahlen müssen.

Herr Amts-Freiburg gibt zu, daß es gut wäre, wenn der Bund zu ferneren Kriegszulagen Stellung nehmen würde.

Herr Bauer-Mürnberg weist darauf hin, daß namentlich diejenigen, die staatliche Arbeiten ausführen, durch die Kriegszulagen betroffen werden.

Bundesvorsitzender Ehardt steht auf dem Standpunkt, daß man versuchen müsse, wieder eine Staffelung der Arbeitslöhne herbeizuführen.

Herr Erdmann-Erfurt vertritt ebenfalls den Standpunkt, daß das Zimmerhandwerk weitere Kriegszulagen nicht tragen kann.

Damit schließt die Debatte. Der Vorsitzende konstatiert, daß die Versammlung mit der Behandlung der Angelegenheit in dem angeregten Sinne einverstanden ist.

Man sieht hieraus, daß auch die organisierten Zimmermeister keine Freunde der so notwendigen Leuerungszulagen sind.

Biologische Gedanken zum Krieg.

Die Biologie ist die Lehre vom Leben, von der Entstehung der Beschaffenheit, den Funktionen und den gegenseitigen Beziehungen der organischen Wesen, zu denen als höchstentwickeltes auch der Mensch gehört.

Tatsächlich haben die Menschen durch gewollte Handlungen bisher erst ganz selten die Entwicklung der eigenen Art zu bestimmen getrachtet.

find. Eine Ausnahme davon machen nur die während des Lebens des betreffenden Individuums entstandenen, nicht auf erblicher Veranlagung beruhenden Körpermängel.

Von jenen Männern, die Kriegsdienst leisten müssen, erleidet wohl nur eine Minderzahl den Tod. Von diesbezüglichen Schätzungen muß Abstand genommen werden.

Die Not, die im und nach dem Krieg auftritt, wirkt im gleichen Sinne wie Verkrüppelung und Erkrankung.

Ferner sprechen medizinische Autoritäten ersten Ranges (wie Professor Neiser, Professor Zandler und andere) davon, daß der Krieg eine starke Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten bringt.

Professor Zandler sagt auch, daß während des Krieges die Sterblichkeit der Zivilbevölkerung in die Höhe gegangen ist, namentlich in den Kriegsgebieten, sowie im Hinterlande die Sterblichkeit der Kinder.

Eine arge biologische Schädigung bedeutet der Geburtenrückgang, der vom Mai 1915 an stattfindet (neun Monate nach der Mobilisierung).

Table with 2 columns: Year (1914, 1915) and Birth counts for Berlin, Hamburg, Dresden, München.

In Wien betrug die Zahl der Lebendgeborenen 1912 noch 40000, 1915 aber nur noch 29 000. Der Ausfall an Geburten ist in allen kriegführenden Staaten größer als der direkte Menschenverlust durch den Krieg.

Es ist zu erwarten, daß nach dem Kriege von Seiten der Staaten verschiedene Maßregeln ergriffen werden, um die Schäden, die der Krieg in biologischer Beziehung bewirkte, wieder zu beheben.

Arbeiterversicherung und Gesundheitspflege.

ssc. Vorsicht beim Anspitzen von Tintenstiften! Wohl wenige wissen, daß die Tintenstifte, die viel Verwendung finden, eine ziemlich große Gefahr für unser Sehorgan bilden.

verschiedene solcher Fälle mit, in denen die Verletzten teilweise wochenlang krank waren. Im schwersten Falle war der Betroffene sechs Monate lang in augenärztlicher Behandlung, um schließlich mit einer fast völlig zerstörten Sehkraft des einen Auges entlassen zu werden.

Veranstaltungsanzeiger.

- Dienstag, den 5. September: Langensalza: Nach Feierabend im „Oberen Felsenkeller“. Spremberg: Bei Rohdes, Pfortenstr. 14. Mittwoch, den 6. September: Flottbek: Abends 8 1/2 Uhr bei D. Baumann, Dodenhuden. Schwerin: Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Graf-Schad-Strasse. Freitag, den 8. September: Cassel: Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Obere Karlstraße 17. Jena: Nach Feierabend im Gewerkschaftshaus. Sonnabend, den 9. September: Kulmbach: Nach Feierabend bei Hans Hoh, Friedhofstraße. Sonntag, den 10. September: Landshut i. B.: Im Gasthaus „Zum Rainer“, Altstadt.

Anzeigen.

Zahlstelle Hamburg u. Umg.

Mittwoch, den 13. September, abends 8 1/2 Uhr präzis:

Zahlstellen-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, oberer Saal, 1. Etage. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom zweiten Quartal. 2. Unsere Zahlstelle im ersten Halbjahr 1916. 3. Ausbau unserer Arbeitsnachweise. 4. Verbandsangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimiert. Pünktliches sowie vollständiges Erscheinen aller Zahlstellenfunktionäre ist notwendig.

Verkehrslonale, Berbergen usw.

(Jahresrate unter dieser Aufschrift bis zu drei Zeilen Kosten 1.5, jede weitere Zeile 1.2 mehr. Freie Exemplare werden nicht verabsolgt.) Berlin. Arbeitsnachweis und Bureau der Zahlstelle des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen für Berlin und Umg. ... Chemnitz. Bureau und Arbeitsnachweis befinden sich im Volkshaus „Klosterhof“ ... Hamburg. Bureau des Zentralverbandes der Zimmerer Hamburgs und Umgegend: Befensbinderhof 56, Hinterhaus, 1. Etoc. ... Mannheim. Zahlstellenbureau: Gewerkschaftshaus F. 4. s., 8. Et., Zimmer 10 und 11. ...

* „Krieg und Bevölkerung“. Wiener klinische Wochenschrift, 1916. Heft 15.